

Bevölkerungspolitische Forderungen anlässlich des "Tages der 6 Milliarden"

Erklärung des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU Deutschlands vom 30. September 1999

1. Hintergrund

1.1. Die Weltbevölkerung ist in diesen Tagen auf 6 Milliarden angestiegen. Das ist eine Milliarde mehr als noch vor zwölf Jahren. Jährlich kommen rund 78 Millionen Menschen hinzu.

1.2. Das Weltbevölkerungswachstum hat eine Reihe komplex miteinander verwobener Ursachen. Zu den wesentlichen Ursachen gehören die hohe Zahl ungewollter Schwangerschaften und die rechtliche und faktische Diskriminierung von Frauen und Mädchen.

1.3. Das Weltbevölkerungswachstum erschwert Entwicklungsfortschritte und die Armutsbekämpfung, verschärft eine Reihe global bedeutsamer Probleme. Bereits in Rio 1992 hat die internationale Gemeinschaft anerkannt: Ohne Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums hat eine "zukunftsfähige Entwicklung" kaum eine Chance. Die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums erweitert den Handlungsspielraum künftiger Generationen und erleichtert Entwicklungsfortschritte auf nahezu allen anderen Gebieten.

1.4. Die künftige Entwicklung der Weltbevölkerungszahl ist beeinflussbar, insbesondere mit humanitären bevölkerungspolitischen Entwicklungsmaßnahmen entsprechend den Beschlüssen der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994. Der Deutsche Bundestag hat nahezu einhellig im Jahre 1994 und im Juni 1999 die Forderung beschlossen, dass Deutschland die Verwirklichung des Aktionsplans verstärkt unterstützen und den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA stärken soll.

1.5. Die Umsetzung von Maßnahmen entsprechend den Kairoer Beschlüssen gehört zu den Erfolgsgeschichten der Entwicklungszusammenarbeit. Insbesondere dort, wo Frauenförderung, Bildung und Familienplanung kombiniert wurden, hat sich nicht nur die Zahl ungewollter Schwangerschaften und das Bevölkerungswachstum gemindert, sondern zugleich andere Entwicklungsindikatoren (Kindergesundheit, Müttersterblichkeit, usw.) verbessert. Beispiele solcher Erfolge sind Bangladesch, Costa Rica und - mit Einschränkungen - Kenia. Es lohnt, in Kairo-Maßnahmen zu "investieren".

Ein wichtiges Hindernis bei der Umsetzung der Kairoer Beschlüsse besteht in dem Mangel an finanziellen Ressourcen. In Kairo 1994 wurde geschätzt, dass bis zum Jahre 2000 für die erfolgreiche Umsetzung eines Kernpakets von Maßnahmen im Bereich der Bevölkerungspolitik und der reproduktiven Gesundheit jährlich 17 Milliarden US-Dollar erforderlich sein werden. Davon sollten etwa zwei Drittel (11,3 Milliarden) die Entwicklungsländer selbst und ein Drittel (5,7 Milliarden) die Geberländer übernehmen. Bislang stellten die Industrieländer jährlich insgesamt nur knapp zwei Milliarden US-Dollar zur Verfügung - nur etwa ein Drittel der vereinbarten Summe. In den Entwicklungsländern beliefen sich die entsprechenden Ausgaben auf rund 7,7 Milliarden Dollar. Ein fortgesetzter Mangel an ausreichenden Ressourcen zur Finanzierung der Kairoer Beschlüsse könnte weiterhin inakzeptabel hohe Zahlen von unerwünschten Schwangerschaften, Abtreibungen, Todesfällen von Müttern und Kindern und eine noch raschere Ausbreitung von HIV/AIDS nach sich ziehen (UN-Weltbevölkerungsbericht 1999).

1.6. Die derzeitige Bundesregierung setzt inhaltlich die bisherige Entwicklungspolitik zwar mit erheblich weniger Finanzmitteln, aber im übrigen ohne größere inhaltliche Änderungen fort. Jedoch besteht ein maßgeblicher Unterschied in der Prioritätensetzung: Die jetzige Bundesregierung plant, die Budgets für die bevölkerungspolitische

Entwicklungszusammenarbeit überproportional zu kürzen. U.a. ist vorgesehen, die deutschen Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA bereits im Jahre 2000 um 55 % zu kürzen. In der mittelfristigen Haushaltsplanung der Bundesregierung sind weitere überproportionale Kürzungen auf diesem Gebiet vorgesehen. Diese überproportionalen Kürzungen stehen im drastischen Widerspruch zum fraktionsübergreifenden Konsens des Deutschen Bundestages und der europäischen Entwicklungspolitik.

2. Bevölkerungspolitische Forderungen

Bevölkerungspolitik, Familienplanung und Entwicklungsmaßnahmen entsprechend den Beschlüssen der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 sind Kernelemente der Globalen Zukunftssicherung. Sie müssen stärker und nicht weniger als bisher die notwendige Aufmerksamkeit, den adäquaten Stellenwert und aktive Unterstützung erhalten. Deutschland darf sich seiner Verantwortung für die Verwirklichung des Kairoer Aktionsplans nicht entziehen. Bevölkerungspolitik ist eine Kernaufgabe und muss als ein Schwerpunkt der deutschen und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit wahrgenommen und mit verstärkten personellen und finanziellen Ressourcen verwirklicht werden.

2.1. Die deutschen Finanzmittel zur Verwirklichung der Beschlüsse der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 müssen entsprechend den Beschlüssen des Deutschen Bundestages erhöht werden. Die von der Bundesregierung vorgesehenen Kürzungen auf diesem Gebiet sind keine "Sparmaßnahmen", sondern eine zusätzliche Belastung künftiger Generationen und - da die Folgen Frauen besonders treffen - ein Akt der Frauenfeindlichkeit.

2.2. Die überdurchschnittliche Kürzung der deutschen Beiträge für den UN-Bevölkerungsfonds UNFPA ist unverantwortlich und falsch. Entsprechendes gilt für deutsche Beiträge zum Internationalen Familienplanungsverband IPPF (Int. planned parenthood association), für die die Bundesregierung bislang ebenfalls überproportionale Kürzungen plant. UNFPA und IPPF kommt bei der Verwirklichung des Kairoer Aktionsplans eine besondere Bedeutung zu; dies ist fraktionsübergreifend vom Deutschen Bundestag und auf internationaler Ebene wiederholt anerkannt worden.

2.3. Die deutsche und die europäische Entwicklungszusammenarbeit muss der in Kairo 1994 übereinstimmend festgestellten Vernachlässigung der Jugend in Entwicklungsländern mit einem europäischen Programm für die Jugend in Entwicklungsländern entgegenwirken. Vorrangig sind hier

- Bildung,
- Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit inkl. Familienplanung und Sexuaufklärung sowie
- arbeitsschaffende Maßnahmen zu fördern einschließlich eines Sonderprogramms mit Kleinstkrediten für unternehmerische Betätigungen junger Menschen in Entwicklungsländern.

Allein schon angesichts der über eine Milliarde Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren, die jetzt ins Elternalter kommen, und einem fortgesetzten Wachstum der Zahl der auf der Erde lebenden Jugendlichen und der erschreckenden Ausbreitung von HIV/AIDS bei Jugendlichen ist eine Verstärkung entsprechender Bemühungen besonders von Seiten der Geberländer unabdingbar.

2.4. Entwicklungszusammenarbeit muss wirksam und verstärkt dazu beitragen, die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Stellung von Frauen nachhaltig zu stärken. Dies ist auch deshalb unabdingbar, weil anderenfalls eine nachhaltige Entwicklung, wozu auch eine Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums gehört (Agenda 21, Kapitel 5), nicht möglich ist. Deutschland muss sich darum verstärkt an entsprechenden internationalen Programmen beteiligen. Eine verstärkte Berücksichtigung von Frauenförderaspekten ist auf allen Gebieten der deutschen und der europäischen Entwicklungszusammenarbeit zu bewirken. Die Förderung von Frauen ist im

entwicklungspolitischen Dialog mit Partnerländern verstärkt zu thematisieren. In reproduktiven Gesundheitsprogrammen, die auf die Bedürfnisse der Frauen ausgerichtet sein müssen, sollten Frauen eine zentrale Rolle in allen Phasen der Planung und Durchführung einnehmen. Es ist auch Aufgabe der Entwicklungspolitik, eklatante Diskriminierungen von Frauen nachdrücklich zu verurteilen und gegenüber Regierungen von Partnerländern darauf hinzuwirken, dass physische und psychische Gewalt gegen Frauen strafrechtlich effektiv verfolgt wird.

2.5. Internationale Bevölkerungspolitik ist Menschenrechtspolitik und in diese einzubetten. Zur Verwirklichung des Aktionsplans von Kairo gehört neben der Verwirklichung des "Menschenrechts auf Familienplanung", die Bemühungen um eine Verhinderung von menschenrechtsverletzenden Praktiken, wie z.B. weibliche Genitalverstümmelung, zu verstärken und in reproduktive Gesundheitsprogramme einzubetten. Zu fordern ist u.a. ferner eine Verbesserung der - nicht selten menschenwürdeverletzenden - Qualität von Familienplanungsprogrammen entsprechend den international anerkannten "rights of clients".

2.6. Die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen NRO des Nordens und des Südens auf dem Gebiet der bevölkerungspolitischen Entwicklungszusammenarbeit ist zu stärken. Dazu gehört, auf europäischer Ebene die bürokratischen Hemmnisse bei der Kofinanzierung entsprechender Aktivitäten von NRO abzubauen und NRO stärker an entsprechenden regionalen Initiativen der EU zu beteiligen. Dazu gehört ferner eine verstärkte Vergabe von Aufträgen und Projekten der bevölkerungspolitischen Entwicklungszusammenarbeit an NRO.

2.7. Im Rahmen der Initiative zur Entschuldung der Entwicklungsländer ist darauf hinzuwirken, dass die durch Entschuldung freiwerdenden Mittel im jeweiligen Land auch spezifisch bevölkerungspolitischen Entwicklungsmaßnahmen entsprechend den Beschlüssen der Kairoer Konferenz 1994 eingesetzt werden.

2.8. Die - auch bei Verstärkung bevölkerungspolitischer Entwicklungsbemühungen - wachsende Menschenzahl macht es zusätzlich erforderlich, dem exzessiven Ressourcenkonsum des wohlhabendsten Fünftels der Menschheit gegenzusteuern und bevölkerungspolitische Bemühungen durch erhöhte Anstrengungen auf anderen Gebieten des "sustainable development" zu ergänzen.